



Sehr geehrte Damen und Herren,

mit großer Mehrheit haben sich die Delegierten auf dem Deutschen Bauerntag in Bamberg dafür ausgesprochen, dass die Milchquotenregelung im Jahr 2015 definitiv ausläuft und nicht verlängert wird. Intensiv war das Thema zuvor in allen Gremien des Verbandes diskutiert worden, teilweise sehr kontrovers, aber immer konstruktiv. Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer hat das Votum in Bamberg aufgegriffen und sich die Meinung des Verbandes zu Eigen gemacht. Wir hoffen daher jetzt auf die Unterstützung der Politik auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene, damit den Landwirten der Wechsel im System erleichtert wird und sie sich auf die neuen Gegebenheiten mit ihren Planungen auf den Betrieben schon heute einstellen können. Für die Getreideernte, die eigentlich schon wesentlich weiter fortgeschritten sein sollte, wünschen wir Bauern uns jetzt eine Reihe beständiger Sonnentage – den Urlaubern in unserem vielseitigen Bundesland oder auch in anderen Regionen des Landes sollte dieser Wunsch ebenfalls gelegen kommen!

Ihr **Werner Hilse**

Bauerntag verabschiedet Zukunftsprogramm Milch

Die deutschen Milcherzeuger haben im abgelaufenen Garantiemengenjahr 2006/07 (01.04. bis 31.03.) die Garantiemenge fast exakt getroffen. Einer Überlieferung in Höhe von 361.000 Tonnen (t) steht einer Unterlieferung von knapp 350.000 t gegenüber. Daraus errechnet sich eine Superabgabe in Höhe von ca. 3,5 Mio. Euro. Im vergangenen Jahr hatten die deutschen Milcherzeuger noch eine Strafabgabe in Höhe von 62 Mio. € an die Brüsseler Kasse zahlen müssen. Auf dem Bauerntag in Bamberg haben die Delegierten jetzt einem Leitantrag des Verbandes zugestimmt, wonach die Milchquote im Jahr 2015 auslaufen wird und nicht verlängert werden soll. Ebenfalls mit beschlossen wurde ein Zukunftsprogramm, um den deutschen Milcherzeugern neue Perspektiven zu sichern. Daraus sollen insbesondere bei den Welthandelsgesprächen keine weiteren Zugeständnisse gemacht werden, mit einem Milchfonds sollen zusätzliche Anpassungshilfen finanziert werden. Diese könnten auch als spezielle Grünland- und Mittelgebirgsprogramme ausgelegt werden, um den unter erschwerten Bedingungen wirtschaftenden Milcherzeugern langfristige Perspektiven zu bieten. Über eine Absatz- und Exportinitiative sollen die Marktchancen stärker genutzt werden.

Neue Vogelschutzgebiete machen Bauern Sorgen

Um 57.000 Hektar (ha) werden die niedersächsischen Vogelschutzgebiete jetzt erweitert, damit gelten nunmehr 592.000 ha der Landesfläche, das sind 11,6 Prozent, als FFH-Gebiet. Die zusätzliche Gebietsausweisung hat bei den betroffenen Bauern Unruhe und Sorge ausgelöst, zudem sind sie verängert über das Vorgehen von Umweltminister Hans-Heinrich Sander. Dieser hatte im vergangenen Herbst zugesichert, nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg zu entscheiden, sondern den Dialog mit ihnen zu führen und Antworten auf die Fragen nach den Konsequenzen der Schutzgebietsausweisungen zu geben. Darauf warten die Bauern immer noch. Besonders heftig wird die Gebietsausweisung von den Bauern an der Küste kritisiert, die bisher schon ausgedehnte Vogelschutzgebiete vor der Haustür haben. „Mit 20 Prozent unserer landwirtschaftlich genutzten Fläche haben wir längst unser Übersoll erfüllt“, kritisiert Karl Hedden, Geschäftsführer des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes für Ostfriesland in Aurich die FFH-Ausweisung. Zwar drohen den Betrieben vorerst keine zusätzlichen Auflagen bei der Bewirtschaftung ihrer Flächen, besondere Sorge bereitet den Bauern aber das in der FFH-Richtlinie der EU festgelegte so genannte Verschlechterungs-

verbot. Sie befürchten zusätzliche Genehmigungsauflagen und Hemmnisse, sobald sie Stallbaumaßnahmen planen. Sie sorgen sich auch, dass sich die Schutzgebietsverordnung auf die Cross-Compliance-Vorschriften der EU als Bedingung für die Gewährung der Betriebsprämien auswirkt; schon jetzt beobachten sie zunehmende Diskussionen um das Vergrämen von Wildgänsen von ihren Fledern, die dort regelmäßig Kahlfraß anrichten. Oftmals nicht nachvollziehbar ist für die Bauern auch die Gebietsabgrenzung, die ihnen mitunter recht willkürlich erscheint.

Betrugssichere Förderung

Die Beanstandungen bei den Kontrollen der landwirtschaftlichen Direktzahlungen sind verschwindend gering. Darauf hat der Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Gerd Sonnleitner, in der Deutschen Bauern Korrespondenz (dbk) hingewiesen. Sonnleitner zitierte in dem Zusammenhang den obersten Haushaltskontrolleur im Europäischen Parlament, Herbert Bösch; der Österreicher hatte gegenüber der Presse von "betrugsicheren Agrarförderungen" gesprochen. Wenn jetzt auch noch das letzte Land - nämlich Griechenland - mitmache, werde man noch in dieser Legislaturperiode ein "betrugsfreies" System schaffen, so Bösch. Sonnleitner bekräftigte, die Landwirte seien sich bewusst, dass sie als Erzeuger von Lebensmitteln gesetzliche Vorgaben erfüllen müssten. Und wenn die Direktzahlungen an die Landwirtschaft heute rund ein Viertel des EU-Haushalts ausmachten, dann müssten sie auch für einen ordnungsgemäßen Umgang mit diesen Geldern geradestehen und eine gut funktionierende wirksame Kontrolle zu lassen."

Erleichterung über UVP

Nach langer Debatte sind jetzt endlich Vereinfachungen für die Immissionsschutzrechtlichen Genehmigungen beim Bau landwirtschaftlicher Stallanlagen beschlossen wor-

den. Damit wird nach Überzeugung des Berufsstandes ein Investitionsstau in der Landwirtschaft aufgelöst, der insbesondere Rinderhalter immer wieder zum Aufschieben ihrer Pläne gezwungen hatte. Das jetzt beschlossene Gesetz kann als „Rückholaktion“ für einen überzogenen deutschen Alleingang bei der Umsetzung der europäischen IVU- und UVP-Richtlinie (Immissionsschutzverordnung und Umweltverträglichkeitsprüfung) bezeichnet werden. Damit sind weitere Schritte zur Entbürokratisierung und zur Eins-zu-Eins-Umsetzung von EU-Vorgaben in nationales Recht beschlossen worden, wenngleich nicht alle Einwände der Landwirtschaft Eingang in den Gesetzestext gefunden haben.

Einspeisevergütung keine „Lizenz zum Geld drucken“

Schrumpfende Erdölreserven und wachsende Weltbevölkerung stimmen die Bioenergiebranche optimistisch für die Zukunft. Zugleich wachsen die Bäume aber nicht in den Himmel. „Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist keine Lizenz zum Geld drucken“, warnt Jürgen Hirschfeld, Vorsitzender des Ausschusses für regenerative Energien beim Landvolk Niedersachsen. Hirschfeld weist auf steigende Rohstoffkosten für Biogasanlagen hin, die jedoch nicht auf die Konkurrenz zur Nahrungsproduktion, sondern auf steigende Preistendenzen für Agrarrohstoffe am Weltmarkt zurückzuführen seien. Vor diesem Hintergrund sei das Geld mit Biogasanlagen „sauer verdient“, meint Hirschfeld. Um Biogasanlagen künftig wirtschaftlich zu betreiben, sei die vollständige Nutzung der gewonnenen Energie einschließlich der Wärmenutzung anzustreben. Dafür müssten allerdings geeignete Standorte in der Nähe von potenziellen Wärmeabnehmern verfügbar sein. Alternativ plädiert das Landvolk für die Einspeisung des aufbereiteten Biogases in das Erdgasnetz, dann könne es an den Ort des Verbrauchs transportiert werden. Nachholbedarf gibt es in Niedersachsen bei der Ansiedlung innovativer Firmen, die sich mit regene-

rativen Energien befassen. Damit kann nicht nur die Technologie vorangebracht werden, sondern dies schafft auch Arbeitsplätze und Steuereinnahmen.

Ackerwirtschaft nach Maß

Kein Acker ist völlig homogen und liefert überall den gleichen Ertrag, mit herkömmlichen Bewirtschaftungsmethoden kann dem wechselnden Ertragspotenzial in der Fläche jedoch nicht Rechnung getragen werden. Mit „Precision Farming“ soll sich das nun ändern. Seit 1999 läuft das vom Bundesforschungsministerium geförderte Projekt „pre agro“, das ermitteln soll, wie Bauern jeder Ecke ihres Ackers eine Sonderbehandlung angedeihen lassen können. Möglich wird das nicht zuletzt durch Satellitennavigation, mit deren Hilfe die aktuelle Position der Maschinen auf dem Acker bestimmt wird. Auf der Basis von Ertragskarten kann die für diese Stelle jeweils optimale Menge an Dünger und Pflanzenschutz ausgebracht werden.

Zwar erlaubt das Precision Farming Einsparungen an Betriebsmitteln, dennoch rentiert es sich nicht für jeden. Die Flächen müssen schon eine gewisse Mindestgröße haben, damit sich der Aufwand lohnt. Je größer die Unterschiede in der Fläche sind, umso eher ist die teilflächenspezifische Bewirtschaftung rentabel. Indes muss es nicht gleich das komplexe Farmmanagementsystem mit automatisierter Datenübertragung sein. Der Einstieg ist schon mit dem kleinen Palm möglich, wenn die Maschinen seine Steuerbefehle „verstehen“ und umsetzen können.

Mobile Waldbauernschule ein Erfolgsmodell

Waldarbeit gehört zu den unfallträchtigsten und gefährlichsten Tätigkeiten. Aber den Bauern mit eigenem Wald ist dies offensichtlich bewusst: Die Schulungsangebote der Mobilen Waldbauernschule der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Niedersachsen-Bremen werden rege in Anspruch

genommen. Mit der Renaissance des Rohstoffs Holz als Energieträger und verstärkt durch den Orkan Kyrill hat die Nachfrage nach den Lehrgängen sogar so stark zugenommen, dass die Termine der Waldbauernschule bis zum Frühjahr 2008 ausgebucht sind. Im vergangenen Jahr ließen sich 1.211 Bauern in 83 Schulungen im sicheren Umgang mit der Motorsäge unterweisen. Im Jahr zuvor waren es erst 881 Personen in 49 Schulungen und im Jahr 2004 lediglich 444 Personen in 24 Schulungen.

Sie sind mittlerweile ein wichtiger Baustein in der Unfallvorbeugung der Berufsgenossenschaft geworden, die zu einem Rückgang insbesondere des schweren Unfallgeschehens beitragen. Am Unfallgeschehen in der Landwirtschaft waren Forstunfälle im vergangenen Jahr „nur“ mit 390 verunglückten Personen beteiligt. Im Jahr zuvor waren 397 Bauern im Wald verunglückt.

Ländliche Familienberatung leistet unverzichtbare Hilfe

Konflikte zwischen den Generationen, Arbeitsüberlastung und Existenzängste – Probleme von Beruf und Privatleben sind gerade in landwirtschaftlichen Familien eng miteinander verknüpft. Seit mittlerweile zehn Jahren hat sich die Ländliche Familienberatung (LFB) der Landvolkshochschule Oesede in diesen Situationen als Hilfsangebot etabliert. Rund 270 Familien in längeren oder kürzeren Krisen haben die 13 LFB-Berater in dieser Zeit zur Seite gestanden. Ihr Aktionsraum reicht mittlerweile von der Nordseeküste bis nach Münster und von der holländischen Grenze bis zur Weser. Entstanden ist die Ländliche Familienberatung als Weiterentwicklung der 1993 an den ländlichen Heimvolkshochschulen in Barendorf, Oesede und Rastede eingerichteten ländlichen Sorgentelefone. Dort bieten die sorgfältig geschulten Berater anonyme Hilfe für Ratsuchende an, die sich selbst nicht mehr zu helfen wissen. Aufgrund des großen Bedarfs nach weitergehender Beratung und Beglei-

tung in Krisensituationen wurde 1997 von der Landvolkshochschule und der Katholischen Landjugend Niedersachsen die LFB in Oesede eingerichtet, 2001 folgte ein ähnliches Angebot in Barendorf. Die Familienberatung in Oesede ist unter Tel.: (05407) 506261 erreichbar.

Landfrauen bilden Netzwerke auf dem Lande

Als starke Kraft auf dem Lande mit „Power“ haben sich im abgelaufenen Jahr erneut die Landfrauen erwiesen. Von 444.000 im Deutschen Landfrauenverband organisierten Damen, stammt jede fünfte oder knapp 93.000 aus Niedersachsen. Der Niedersächsische Landfrauenverband Hannover ist mit knapp 63.000 Mitgliedern stärkster Landesverband unter den insgesamt 22 Landesverbänden im DLV. Allein die beiden niedersächsischen Verbände boten ihren Mitgliedern knapp 10.000 Veranstaltungen, die von rund 360.000 Teilnehmerinnen genutzt wurden. Im Schnitt nutzte eine Landfrau das Angebot ihres Verbandes damit viermal im Jahr. Dabei erwies sich der Verband erneut auch als kulturelle Kraft auf dem Lande, die Veranstaltungen zu Kunst, Kultur und Kreativität führten die Hitliste vor Verbraucherpolitik, Hauswirtschaft, Ernährung, Gesundheit und Sport deutlich an. Das „Netzwerk“ des Verbandes dient nicht nur der Information und Weiterbildung, sondern bringt auch die Interessen der sehr unterschiedlichen Mitglieder zusammen. Von der Bäuerin über die Bankangestellte oder Krankenschwester bis hin zur Hausfrau eint der Landfrauenverband Frauen unterschiedlichster Herkunft und Interessenlage in einem Verband.

Brigitte Scherb neue LandFrauenpräsidentin

Die Mitgliederversammlung des Deutschen LandFrauenverbandes (dlv) hat ein neues Präsidium gewählt. Brigitte Scherb, die Vorsitzende des LandFrauenverbandes Niedersachsen-Hannover (NLV), ist zur neuen Präsidentin gewählt worden und löst damit Erika Lenz aus Schleswig-Holstein ab. Scherb bewirtschaftet zusammen mit ihrem Mann einen Hof in Bredeloh im Landkreis Goslar. Sie ist seit 1980 Mitglied im LandFrauenverband, seit 1994 Mitglied im Vorstand des Niedersächsischen LandFrauenverbandes Hannover (NLV), seit 1998 als stellvertretende Landesvorsitzende und seit 2002 Landesvorsitzende des NLV. Erste Vizepräsidentin wurde die Präsidentin des LandFrauenverbandes Württemberg-Baden, Hannelore Wörz. Jutta Quoos, die Vorsitzende des LandFrauenverbandes Brandenburg, wurde als zweite Vizepräsidentin wiedergewählt.

Landjugend will gemeinsam etwas bewegen

Mit der Rekordbeteiligung von 72 Landjugendgruppen startet am 12. Juli um 18 Uhr abends die 72-Stunden-Aktion der Niedersächsischen Landjugend (NLJ). Zum vierten Mal wird dieser große Einsatz organisiert. Er soll zeigen, dass ehrenamtliches Engagement bei jungen Menschen hoch im Kurs steht. Organisation und Durchführung dieser 72 Stunden liegen fast komplett in ehrenamtlicher Hand. Die Landjugend möchte mit dieser Aktion die Dorfgemeinschaft stärken und junge Menschen im Dorfleben integrieren. Zugleich sollen die Jugendlichen nach Angaben von Heiko Thomßen, Vorsitzender der Niedersächsischen Landjugend, ihre eigene Energie und Kreativität entdecken. Unterstützung erhalten sie dabei von Prominenten wie Ministerpräsident Christian Wulff als Schirmherr, Landvolkpräsident Werner Hilse, Landwirtschaftsminister Hans-Heinrich Ehlen, Sozialministerin Mechthild Ross-Luttmann und vielen lokalen „Größen“. Erstellt werden bei der Aktion Grillhütten, Spielplätze oder Dorfgemeinschaftsräume, von denen die Landjugend selbst und die gesamte Dorfgemeinschaft profitieren soll.

Unter www.nlj.de sind nähere Informationen aufgeführt.